

Herr Gleß teilte mit, dass im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) auch Bänke, Lampen, Fahrradständer und Abfallbehälter ausgetauscht werden sollen. Der Austausch solle unter anderem deswegen erfolgen, weil viele der vorhandenen Ausstattungsgegenstände abgängig seien.

Man habe sich überlegt, die Bürgerinnen und Bürger bei der Auswahl zu beteiligen.

Nun sei eine Vorlage erstellt worden, in der dem Ausschuss das Verfahren zur Kenntnis gegeben werde.

Er ziehe die Vorlage in dieser Form zurück.

Es solle eine neue Vorlage mit Beschlussvorschlag erstellt werden. Er habe den Wunsch, dass im Ausschuss Einigkeit darüber herrscht, dass der beschrittene Weg der Bürgerbeteiligung der Richtige ist. Außerdem solle im Ausschuss Einigkeit über die finanziellen Aspekte bestehen.

Daher werde eine neue überarbeitete Vorlage erstellt, der dann auch ein Plan mit den Standorten für die Ausstattungsgegenstände beigefügt werden soll. Außerdem solle geprüft werden, ob noch Alternativen generiert werden können, um die Kosten transparenter zu machen.

Aus der Diskussion, an der sich Herr Dr. Frank, Herr Köhler (Fraktion Aufbruch), Herr Günther, Frau Feld-Wielpütz und Frau Jung (FDP-Fraktion) beteiligten, ergab sich, dass die Beteiligung der Bürger begrüßt wird.

Es wurde über folgende Möglichkeiten gesprochen:

- Durchführung eines Workshops mit Bürgerbeteiligung. Der Rat trifft die Entscheidung.
- Generierung eines Internetvotings
- Kombination aus beidem

Außerdem müssten Kriterien vorgegeben werden, z. B. Vandalismusresistenz, Haltbarkeit, Aussehen, Preis-Leistungsverhältnis.

Es bestand Einigkeit darüber, dass die Bürgerschaft am Verfahren beteiligt werden soll, der Rat aber die Entscheidung trifft.

Abschließend merkte Herr Gleß an, dass man aus der Bürgerbeteiligung beim Grünen C gelernt habe. Die Art der Bürgerbeteiligung werde in der nächsten Vorlage dargestellt werden.

Als Sachstandsmitteilung zum IHK teilte Herr Gleß mit, dass die Bezirksregierung ein positives Testat an das Ministerium gegeben habe. Im Mai/Juni 2016 werde das neue Städtebauförderprogramm vorgelegt werden. In der Verwaltung gebe es einen positiven Eindruck hierzu.